



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

ANTWORT AUF DAS POSTULAT

Urheber	Nathalie Cretton, Les Verts, Marcel Gaspoz, PDCC, Alexandre Cipolla, UDC, und Fabien Girard, PLR
Gegenstand	Affäre rund um die illegalen Bauten in der Gemeinde Bagnes: Wer muss die Zeche zahlen?
Datum	31.12.2019
Nummer	2019.12.491

Die Urheberin und Urheber des Postulats erinnern daran, dass es sich bei der Affäre rund um die illegalen Bauten in der Gemeinde Bagnes um einen aussergewöhnlichen Fall handelt, der erhebliche Ressourcen auf Ebene der Kantonsverwaltung mobilisiert hat. Sie fordern, dass der Kanton der Gemeinde Bagnes sämtliche Kosten im Zusammenhang mit diesem Dossier in Rechnung stellt.

Was die aussergewöhnliche Dimension dieses Dossiers und das Ausmass der dafür eingesetzten Mittel anbelangt, ist der Staatsrat mit der Urheberin und den Urhebern einer Meinung. Er ist jedoch der Ansicht, dass sich die von seinen Dienststellen und vom Kompetenzzentrum Zweitwohnungen in dieser Affäre geleistete Arbeit in den Rahmen seiner Aufsichts-, Oberaufsichts- und Beratungspflicht einfügt. Im Übrigen ist die Frage einer allfälligen finanziellen Beteiligung der Gemeinden in den Artikeln 149 bis 151 des Gemeindegesetzes (GemG) und in Artikel 48 der Bauverordnung (BauV) klar geregelt. Diese Bestimmungen sehen vor, dass sich die Gemeinden an den Kosten beteiligen, wenn sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden, wenn diese von einem Dritten ausgeführt werden oder wenn die Gemeinden unter teilweise oder vollständige Zwangsverwaltung gestellt werden, was bei der Gemeinde Bagnes nicht der Fall war.

Im vorliegenden Fall besteht keine Rechtsgrundlage, die es dem Kanton erlauben würde, der Gemeinde Bagnes die bislang in diesem Dossier angefallenen Kosten in Rechnung zu stellen. Der Staatsrat verpflichtet sich jedoch dazu, im Rahmen einer künftigen Gesetzesrevision eine Bestimmung vorzuschlagen, die eine solche Weiterverrechnung ermöglichen würde.

Das Postulat wird zur Ablehnung empfohlen.

Auswirkungen Administration: --

Auswirkungen Finanzen: --

Auswirkungen Personal (VZE): --

Auswirkungen NFA: --

Sitten, 3. März 2021